Donnerstag, 22. März 1923 · 71. Jahrgang Nr. 138

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Chefredakteur: Otto Rühle, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen ausreichend, Preise für Seefische etwas anziehend, für Süsswasserfische nachgebend.
Schellfisch 1100—1500 M., Kabeljau 600—1800 M., Seelachs 750—1200 M., Seehecht 1100—1200 M., Dorsch 350—500 M., Rotbarsch 1000—1300 M., Rotzungen 1100—1400 M., grüne Heringe 400—600 M., in Eis gepackt: Hechte 1400—2300 M., 3000—3500 M., Zander 3500—4000 M., Zander 3000—3800 M., Aale 5000—8000 M., Schleie 3400—4000 M., Karpfen 3200 bis Karpfen 2400—2800 M., lebend: Hechte 3600 M. d. Pfd., Eier 320—360 M. d. Stck.

Brot: 900; markenfrei.... 1750
Milch 1 Liter 740
Zucker Pfund ..... 750—1000
Briketts Ztr. 7225; Koks 12725
Strom: Licht und Kraft .. 1200
Gas cbm 700
Wasser cbm 400
20-Mark-Stück 85000
Goldzollaufgeld 593900
Schlüsselzahl für Bücher . 2000
Index für Aerzte, Berlin.. 2400
für Aerzte im Reich .. 2408

Strassenbahn 250, Umsteig. 350
Hoehb. II. 200, 250, III. 150, 200
Stadtbahn ..., II. 320, III. 160
Omnibus Teil 250, ganze Str. 300
Droschke: Kr. × 3000, Pf. × 2000
Teleph. 27890. Gespr. 30. Aut. 60
Patk. Ort 20, Fern u. Oest. 40, Ausl. 180, Tschechosl. u. Ungarn 140
Brief Ort 40, Fern u. Oest. 100
Ausl. 300, Tschsl. u. Ung. 240
Telegr. 80 d. W., Grundgeb. 160
n. Ausland je nach Währung

Dr. Cunos Besuch in München

Die Ankunft auf dem Hauptbahnhof – Begrüßung durch den Ministerpräsidenten und die Bürgermeister
Der offizielle Empfang

München, 22. März. (Eca.)

Reichskanzler Dr. Cuno ist heute morgen in München angekommen. Eine große Menschenmenge erwartete ihn am Bahnhof. Auch die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, darunter Ministerpräsident Dr. v. Knilling, der Reichsgesandte v. Haniel und die beiden Bürgermeister von München waren anwesend. In der Begleitung des Reichskanzlers befanden sich die Reichsminister Stingel und Geßler, Staatssekretär Hamm und der bayerische Gesandte Dr. Preger. Nach gegenseitiger herzlicher Begrüßung am Bahnhof begab sich der Reichskanzler nach dem Hotel Continental, wobei ihm von der versammelten Menschenmenge Huldigungen durch Hochrufe und Tücherschwenken erwiesen wurden. Dann begab sich Dr. Cuno in das Ministerium des Aeußeren, wo die offizielle Begrüßung durch den Ministerpräsidenten und das gesamte Ministerium erfolgte.

*

Bei der Begrüßung des Reichskanzlers durch das gesamte Ministerium im Gebäude des Ministeriums des Aeußern sprach Dr. Cuno in Erwiderung auf die Begrüßungsrede des Ministerpräsidenten die feste Ueberzeugung aus, daß die Reichsregierung und die bayerische Regierung in der gegenwärtigen schweren Zeit ein gleiches Ziel verfolgen und sich gegenseitig vertrauensvoll die Hände reichen.

Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß an der ruhigen und besonnenen Politik des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet unter allen Umständen festgehalten wird.

An den Besuch im Ministerium des Aeußern, schloß sich ein Besuch im Landtag, wo Dr. Cuno vom Präsidenten Königsbauer begrüßt und in Erwiderung auf dessen Worte u. a. ausführte: Wie der Widerstand an der Ruhr herausgewachsen ist aus der innersten Seele des Volkes, aus der Liebe des Volkes zum Lande und dem Wunsche nach einer friedlichen Entwicklung, so führt diesen Kampf das ganze deutsche Volk im besetzten und unbesetzten Gebiet. Keine Regierung kann in der heutigen Zeit den Abwehrkampf gegenüber dem Feinde gewinnen, wenn sie sich nicht auf das ganze Volk stützen kann. Nur solange das Volk einmütig zusammenhält, solange es auch im unbesetzten Teil des Landes alle Klassenunterschiede zurückstellt und sich einmütig mit seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Willen einstellt auf die Abwehr des widerrechtlichen Einbruches der Franzosen und Belgier, solange können die Vertreter des Volkes, solange können wir als verantwortliche Leiter der Reichsregierung den Abwehrkampf mit Aussicht auf Erfolg weiterführen. Was daran geschehen kann und was in unserer Kraft liegt, wird geschehen, um die durch die Besetzung hervorgerufenen Leiden zu lindern. Wir müssen uns durchsetzen.

Wir müssen diesen Weg, den wir betreten haben, gerade und unbeirrt weitergehen.

Wir müssen dem Volk klar machen, daß innere Ordnung und einmütige Einstellung auf äußere Ziele unserer Politik dasjenige ist, von dem das Schicksal des deutschen Volkes und Landes abhängt. Der Reichskanzler erklärte sodann noch, daß er es sich jederzeit angelegen sein lassen werde, die Eigenart der Länder und Volksstämme zu berücksichtigen und versicherte zum Schluß, den Eindruck mit nach Haus zu nehmen, daß Bayern hinter der Reichsregierung steht. Der Reichskanzler unterhielt sich dann noch einige Zeit mit den anwesenden Mitgliedern des Landtagsdirektoriums und den Parteiführern. Beim Verlassen des Landtags wurden ihm von den Anwesenden neue Huldigungen zuteil.

Was soll das?

Berlin, 22. März. (Eca.)

Die „Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands" treten am Freitag in Berlin zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung zusammen.

Um den Schutz der Republik

Ausstilgung der republikanischen Organisationen – Die Sturmabteilungen der Rechtsbanditen
Reichswehr und Zeitfreiwillige – Die Arbeiterschaft als Schutz der Republik

Aus sozialistischen Kreisen Thüringens schreibt man uns:

Die völkischen und überdeutschen Herrschaften regen sich zurzeit nicht wenig darüber auf, daß zunächst in Thüringen und Sachsen die Arbeiterschaft sich anschickt, einen republikanischen Ordner- und Selbstschutzdienst einzurichten. Man schreit wieder einmal nach der Reichsregierung und ihrem starken Arm wider dieses Beginnen. Es ist ja auch vom Standpunkte der von der Republik arg verwöhnten Rechtskreise aus gesehen zu „anmaßend" von jenen republikanischen Arbeitermassen, daß sie nicht gewillt sind, sich und die junge deutsche Republik durch die Bandentätigkeit angeblich „nationaler", in Wahrheit feudalen und dynastischen, Bestrebungen dienstbarer Kondottieris vergewaltigen zu lassen. Gegenüber der schlecht gespielten sittlichen Entrüstung der Monarchisten über die Einrichtung eines republikanischen Selbstschutzes müssen doch einige Tatsachen hervorgehoben werden:

Tatsache ist, das in Deutschland das Groß des Proletariats bisher davon Abstand genommen hat, für seine Ziele militärisch aufgezogene Wehren, Selbstschutzorganisationen usw. zu bilden. Wo Ansätze zu republikanischen Verteidigungsformationen bestanden, wurden sie in Verfolg des Friedensvertrages und der durch ihn bedingten Entwaffnung den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend loyal aufgehoben, wobei gewisse Reichsbehörden, wie heute feststeht, gerade der Austilgung dieser republikanischen Organisationen ein besonders starkes Augenmerk zugewendet haben.

Tatsache ist ferner, daß so außer wenigen kaum ernsthaft in Frage kommenden Versuchen von kommunistischer Seite seit 2 Jahren die Gesamtheit der republikanischen deutschen Arbeiterschaft über keinerlei Selbstschutzkorporationen mehr verfügte. Diese Tatsachen können von niemanden bestritten werden. Wer etwas anderes behauptet, bewegt sich zu agitatorischen Zwecken im Reiche der Phantasie.

Wie steht es aber auf der anderen Seiten, bei den Freunden der Monarchie, bei jenen politischen Kräften, die früher als die patentierten Anwälte staatlicher Ordnung und Gesetzlichkeit sich aufzuspielen pflegten? Da sind trotz Entwaffnung und trotz aller Verbote eine große Zahl militärischer Organisationen nach wie vor zu finden, denen jede legale Grundlage fehlt.

Nur einige seien aufgeführt: Freikorps Dewitz, Freikorps Grenzmark, Freikorps Roßbach, die berüchtigte Brigade Ehrhardt (Rrg. C.), die allenthalben regelrechte Bezirke eingerichtet hat. Ihr Widerspiel das Freikorps Oberland (München) ist in den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei aufgegangen. Auch der leider vom Staatsgerichtshof wieder gestattete Jungdeutsche Orden muß an der Seite dieser Organisationen genannt werden.

Den Hauptplatz nimmt allerdings zurzeit die mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei im engsten Zusammenhange stehende Nationalsozialistische Arbeiterpartei ein. Sie hat ihre felddienstfähigen Mitglieder in Sturmabteilungen organisiert. Das Kommando dieser Sturmabteilungen (Befehlshaber Oberleutnant Klintzsch) steht in München. Die Sturmabteilungen gliedern sich in Hundertschaften, Regimentsverbände sind in Bildung begriffen. Der Parteiführer Hitler hat erklärt, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei stehe mit gewissen Reichswehrstellen in engster Fühlung. Im Reichstag wurde leider offenbar, daß Reichswehrdienststellen noch bis in die jüngste Zeit mit Zeitfreiwilligen organisationen, die doch offiziell längst aufgelöst sein sollen, und anderen Bünden der Reaktion lebhafte Beziehungen unterhielten.

Die Führer der Nationalsozialisten stehen gar nicht an rückhaltlos zu erklären, daß sie bei der ersten passenden Gelegenheit über die Arbeiter, die in der Sozialdemokratie organisiert sind, herfallen wollen.

Die außenpolitische Not hält diese sonderbaren „nationalen" Heiligen nicht ab, sich auf den Bürgerkrieg einzurichten, um die Sozialdemokratie, die größte Partei des deutschen Volkes, als die festeste Stütze der deutschen Republik in Trümmer zu schlagen. Das Reich weiß von allen diesen Dingen. Man steht aber in Berlin ganz lange Gewehr bei Fuß. Man hat anscheinend nicht Macht genug, dem Frevel zu steuern, zumal im Apparat der übernommenen alten Bureaukratie die Liebe zur republikanischen Staatsordnung nicht festsitzt, und die Neigung, rechtsradikalem Treiben nachdrücklich entgegenzutreten, zweifellos recht gering ist.

Diese Tatsachen sind nicht abzustreiten. Kein Vertuschungsversuch kann sie aus der Welt schaffen. Die Aufgabe des effektiven Schutzes der Republik und des inneren Friedens bleibt wie stets in der Hauptsache der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit überlassen. Derselben Arbeiterschaft, auf deren Schultern auch der wesentlichste Teil der gewaltlosen Abwehr äußerer Gewaltzugriffe in die Kernbezirke der deutschen Volkswirtschaft gelegt ist.

Bei einer internen republikanischen Tagung in Berlin hat einer der hervorragendsten Reichstagsabgeordneten der Deutschen demokratischen Partei, allerdings ein Süddeutscher, aus eigenem Antriebe schon vor Jahr und Tag geäußert, „daß ohne die deutsche Arbeiterschaft die Republik lange wieder verloren worden sei"! Der freiheitliche und demokratisch gesinnte Teil des Bürgertums sei jedenfalls für sich allein nicht in der Lage, die republikanische Verfassung wirksam zu schützen!" Die nicht reaktionären Bürgerkreise sollten daher allesamt der deutschen Arbeiterschaft dankbar sein, daß sie gewillt ist, nicht nur mit deren Worten und mit Zeitungsaufsätzen, sondern auch durch praktische Tat die Republik vor allen Anschlägen sicherzustellen; koste es, was es wolle!

Angesichts des großen Aufmarsches monarchistischer Kampforganisationen muß man aber fragen: Woher nehmen jene Rechtsanarchisten und ihre direkten und indirekten Helfershelfer in den Rechtsparteien den Mut, sich über Selbstschutzmaßnahmen, insbesondere der thüringischen und sächsischen Arbeiterschaft, zu entrüsten? Die Arbeiterschaft schickt sich naturgemäß an, gerüstet zu sein auf den Augenblick, den Held Hitler angekündigt hat.

Schnelldienst

Die Kölner Polizei hat in der Angelegenheit Smeets vier Personen verhaftet, die in die Sache verwickelt sind.

Dr. Cuno ist heute morgen in München eingetroffen.

Die Besatzungstruppen haben die Rheinbrücke Mannheim—Ludwigshafen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh gesperrt.

Die französischen Radikalsozialisten haben beschlossen, für die Ruhrkredite zu stimmen.

Lord Robert Cecil ist gestern nach den Vereinigten Staaten abgefahren, wohin er sich auf besondere Einladung des amerikanischen Vereins für Außenpolitik begibt.

Gestern wurde in der Londoner Downing Street ein Kabinettsrat abgehalten.

In Genf wird am Sonnabend eine Konferenz über die Ausführung des Washingtoner Marineabkommens beginnen.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der neue Sultan erkrankt und muß auf längere Zeit das Zimmer hüten.

Lord d'Abernon hatte gestern im Foreign Office eine Zusammenkunft mit hochstehenden englischen Diplomaten.

Wie aus Sofia gemeldet wird, ist die Bildung des bulgarischen Kabinetts beendet.

21 Personen, darunter der Londoner Kurier von De Valera, wurden in Dublin verhaftet.

Der österreichische Nationalrat begann gestern die Beratung der neuen Wahlordnung.

Amerikanische Handelskreise haben einen neuen Plan für den europäischen Wiederaufbau ausgearbeitet.

In Wetzlar veranstalteten die Franzosen Weinversteigerungen, ohne daß Bieter dazu erschienen.

Die erste Vollsitzung der Sachverständigen zur Regelung der Orientfragen hat gestern unter Vorsitz von Lord Curzon stattgefunden.

Zum Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung im Auswärtigen Amt ist Legationsrat v. Stohrer ernannt worden.

Dollar: 20900

Ein entschleiertes Geheimnis

Das deutsche Angebot vor der Pariser Konferenz

Auf dem Umweg über Amerika wird nun endlich der deutschen Oeffentlichkeit eine Frage beantwortet, die in den letzten Monaten immer wieder gestellt worden ist, ohne daß die zuständigen Stellen sich veranlaßt gesehen hätten, darauf Rede zu stehen. In den Kreisen, die aus den politischen Zusammenhängen heraus diese ablehnende Haltung der Reichsregierung gegenüber allen Fragen über den Inhalt des um die Jahreswende formulierten und von dem Staatssekretär Bergmann nach Paris überbrachten, dort aber nicht zur Kenntnis genommenen deutschen Angebotes zu verstehen glaubten, hat man sich an diesem Fragespiel nicht beteiligt und versucht, von ihm abzuraten. Das hat nicht gehindert, daß von anderen Seiten die Frage immer wieder aufgenommen, immer dringlicher und hier und da mit schweren Vorwürfen verknüpft, der Regierung entgegengehalten worden ist. Heute ist nun durch das Mittel der amerikanischen Presse jenes deutsche Angebot bekannt geworden.

Deutschland erklärte sich danach bereit, abgesehen von allen bis zum Beginn des Jahres 1923 bereits getätigten Leistungen an Barzahlungen, Sachlieferungen, an liquidiertem deutschen Besitz, an Handelsschiffen, Kolonien, Kabellinien und an den Saargruben Frankreich als endgültige Reparationssumme dreißig Milliarden Goldmark zu zahlen. Diese Summe sollte durch drei internationale Anleihen aufgebracht werden und zwar in einem Zeitraum von zehn Jahren, unter Sicherheit der deutschen Industrie und der deutschen Banken. Deutscherseits waren als Bedingungen gestellt, die Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, der schrittweise Abbau der fremden Besatzung und die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Blieben auch diese Vorschläge hinter den französischen Forderungen zurück, so durfte bei gutem Willen auf der Gegenseite an ihnen doch nicht vorübergegangen werden, denn eine Basis für einen gedeihlichen Meinungsaustausch boten sie zweifellos. Daß lediglich der unbeirrbare Wille Poincarés, einen neuen, nach seiner Meinung vernichtenden Schlag gegen Deutschland zu führen, die Einleitung dieses Meinungsaustausches verhindert hat, wird durch die amerikanische Veröffentlichung des deutschen Angebotes bestätigt und unwiderlegbar erwiesen. Nach der amerikanischen Auffassung waren die Botschafter Englands und Amerikas nicht amtlich über den Inhalt der deutschen Vorschläge unterrichtet, eine Behauptung, der allerdings die Erklärung Bonar Laws entgegensteht, daß er von ihnen keine Kenntnis gehabt habe; wobei zum mindesten fraglich bleibt, ob der englische Premierminister diese Ableugnung im offiziellen oder offiziösen Sinne gemeint hat. Zum mindesten hat der englische Vertreter in der Reparationskommission das deutsche Angebot als eine tragfähige Verhandlungsgrundlage betrachtet.

Bonar Law selbst hat im Unterhause das deutsche Angebot als ein solches bezeichnet, das innerhalb der Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit liegt. Er hat zwar nicht gesagt, daß England es akzeptiert haben würde. Doch darf man das wohl annehmen. Es erhebt sich nur jetzt die Frage, ob infolge der französischen schweren Störung der deutschen Wirtschaft durch das Ruhrabenteuer das deutsche Angebot noch einen